

Alexander Hamedinger

## Das Recht auf Stadt. Öffentliche Räume und Mitbestimmung

*Die Commons-Prinzipien Gebrauchen, Teilen, Zusammenarbeiten und Beitragen erscheinen heute eher als Forderungen, denn als bereits bestehende normative Grundlage für die Planung, Nutzung und Gestaltung öffentlicher Räume in Städten. Prozesse der ökonomischen, sozialen wie politischen Umstrukturierung in Städten stehen der Anwendung dieser Prinzipien entgegen. Falls aber diese Forderungen erfüllt werden, kann die Vorstellung des „Rechts auf die Stadt“ verwirklicht werden.*

„Gebrauchen, Zusammenarbeiten, Teilen und Beitragen“ (vgl. Armutskonferenz 2012) sind Prinzipien von Commons, deren Anwendung in Bezug auf die Gestaltung, Planung und Nutzung von öffentlichen Räumen in Städten mit besonderen Herausforderungen konfrontiert ist. Dies hängt einerseits zusammen mit der sozialen Bedeutung von öffentlichen Räumen in Stadtgesellschaften, die derzeit einem intensiven sozialen Wandel unterworfen sind, andererseits mit einem sich wandelnden politisch-institutionellen System, das auf dem Weg vom „Government zum Governance“ Bürger\_innen Möglichkeiten der Mitsprache und der Mitwirkung an stadtplanerischen Aufgaben anbietet sowie Kooperationen mit Akteur\_innen aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft in der Steuerung räumlicher Entwicklungen gezielt eingeht (der „kooperative Staat“, vgl. Hame-

dinger et al. 2008). Weiterhin sind Fragen nach der gemeinsamen und kooperativen Planung und Nutzung von öffentlichen Räumen in Städten im Kontext von wirkmächtigen supra-lokalen Prozessen, die in der Literatur mit den Begriffen „Globalisierung“ und „Europäisierung“ (Sassen 1991; Hamedinger/Wolffhardt 2010) beschrieben werden, zu betrachten. Öffentliche Räume spielen vor allem aus der Sicht von Akteur\_innen aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung als „Gesicht“ der Stadt oder als „weiche“ Standortfaktoren eine zunehmend wichtige strategische Rolle, wenn es um die Positionierung von Städten im internationalen Wettbewerb und um die Attrahierung von ausländischem Kapital („foreign direct investment“) geht. Durch diese in der heutigen Stadtentwicklungspolitik zunehmend dominant werdende „Instrumentalisierung“ der öffentlichen Räume im Sinne einer „Ökonomie der Aufmerksamkeit“ (Franck 1998) wird neu definiert, wer in öffentlichen Räumen sichtbar sein, wer von der Nutzung ausgeschlossen werden soll und damit auch, welche Bewegungen und Nutzungen in öffentlichen Räumen erlaubt sein sollen.

Vor diesem Hintergrund wird in diesem Beitrag diskutiert, welche konkreten Herausforderungen sich für die Anwendung der einzelnen Prinzipien von Commons hinsichtlich der Planung und Nutzung von öffentlichen Räumen gegenwärtig in europäischen Städten ergeben. Zuvor soll aber kurz beleuchtet werden, was in diesem Beitrag mit „öffentlichen Räumen“ überhaupt gemeint ist.

## Keine einheitliche Definition von öffentlichen Räumen

Öffentliche Räume werden je nach disziplinärem oder thematischem Blickwinkel unterschiedlich definiert. Aus stadtplanerischer und städtebaulicher Sicht erfolgt die Definition öffentlicher Räume einerseits oft über deren Nutzbarkeit und Zugänglichkeit (leicht und für alle Bürger\_innen) in Bezug auf ihre physisch-materiellen Strukturen (vgl. Klamt 2012), andererseits auch über die Klärung der Fragen, wessen Eigentum öffentliche Räume sind, wer über die Nutzung öffentlicher Räume entscheidet, wer für deren Erhalt zuständig ist und wer öffentliche Räume überhaupt produziert (vgl. Selle 2002). Aus der Zuordnung der hinsichtlich dieser Fragen identifizierten Akteur\_innen zu „öffentlich“, d. h. zum Staat, oder zu „privat“, d. h. vor allem zum Markt, und aus den Kriterien „Nutzbarkeit“ und „Zugänglichkeit“ ergeben sich dann unterschiedliche Mischformen öffentlicher Räume wie zum Beispiel „halb-öffentliche“, „privat produzierte, aber öffent-

lich nutzbare“ oder „quasi-öffentliche“ Räume. Gemeinsam ist diesen Zugängen, dass es sich bei öffentlichen Räumen um physische Räume handelt, die je nach deren Position in den räumlichen Strukturen der Gesamtstadt und den sozialen, ökonomischen und städtebaulichen Strukturen des jeweiligen Stadtteils, in welchem die jeweiligen öffentlichen Räume eingebettet sind, unterschiedliche Funktionen aufweisen. Daraus ergeben sich unterschiedliche Typen öffentlicher Räume, wie etwa Plätze, Parks, der Straßenraum etc. Gleichwohl interessiert die Stadtplanung immer schon, wie gebaut werden muss, damit öffentliche Räume zu sozialen Treffpunkten, zu Orten der Kommunikation und Interaktion zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen werden können (vgl. Feldtkeller 1995, Asadi 1998). Da der öffentliche Raum als sozialer Raum allerdings aufgrund der Kontingenz sozialer Interaktionen und der Differenz von Interessen und Nutzungsvorstellungen nicht vollkommen planbar ist, konzentrieren sich Stadtplaner\_innen vielfach sowohl auf die Schaffung von günstigen physisch-materiellen Voraussetzungen für das Zustandekommen von Kommunikation und Interaktion in öffentlichen Räumen als auch seit geraumer Zeit auf die Beteiligung der Bürger\_innen an der Planung öffentlicher Räume.

Aus der Perspektive der Stadtsoziologie interessieren einerseits auf der mikrosoziologischen Ebene die Sichtweisen und Nutzungsvorstellungen der Bürger\_innen, wobei unterstellt wird, dass erst die Nutzer\_innen Räume in der Stadt zu öffentlichen Räumen machen (vgl. Klamt 2013: 778). Damit – so wird klar formuliert – ist aber auch keine einheitliche Definition möglich, da in einer stark ausdifferenzierten städtischen Gesellschaft ebenso stark ausdifferenzierte Nutzungsvorstellungen vorliegen. Auf makrosoziologischer Ebene werden andererseits öffentliche Räume als räumliche Kristallisationspunkte von städtischer Öffentlichkeit und von Urbanität betrachtet, deren Kennzeichen je nach Ort und Zeitpunkt der Analyse variieren (z. B.: öffentliche Räume in der griechischen Polis oder in der heutigen Wissensgesellschaft). Ali Madanipour (2010: 5) bringt diese Sichtweise auf den Punkt: „The nature and character of public spaces are closely related to the nature and character of cities.“ In eine ähnliche Richtung geht die Argumentation von Dangschat (Stadt Wien, MA 18, 2006: 22): „In sozialwissenschaftlicher Lesart: Das Verständnis von öffentlichem Raum ist an die jeweilige Gesellschaft gebunden.“ Der öffentliche Raum als physische Form, das Verständnis von öffentlichem Raum im städtischen Diskurs als auch die Regelungen der Nutzungen von öffentlichen Räumen sind somit immer Produkt von gesellschaftlichen Formatio-

nen, deren inhärenten sozialen In- und Exklusionsmechanismen und damit auch deren dominanten Wahrnehmungs- und Deutungsmustern.

Schließlich ist noch auf die philosophischen Sichtweisen auf öffentliche Räume hinzuweisen (vgl. Klamt 2012). Vor allem Hannah Arendt betont in ihrem Werk „Vita Activa“ (1997), dass eine der wesentlichsten Funktionen öffentlicher Räume die Ermöglichung von Diskurs und Interaktion unterschiedlicher Menschen ist. Sie sind nicht nur Räume des Lernens von Differenz hinsichtlich Meinungen, Interessen und Handlungen, sondern auch Orte des politischen Austauschs.

Festzuhalten ist, dass öffentliche Räume verschiedene räumliche Dimensionen umfassen, welche gemäß der raumtheoretischen Konzeptualisierungen von Henri Lefebvre (1991) die physisch-materielle Erscheinungsform von Raum (z. B. konkrete Praktiken und Nutzungen durch unterschiedliche soziale Gruppen oder die baulichen Strukturen etc.), die Repräsentationen von Raum (z. B. stadtplanerische Konzepte und dadurch Werthaltungen von Planenden) und Räume der Repräsentationen (z. B. Wünsche und Emotionen der Nutzer\_innen, Symboliken) sind. Öffentliche Räume werden produziert und durch Wahrnehmungen und Handlungen verschiedener Nutzer\_innen reproduziert. In ihnen spiegeln sich die jeweiligen gesellschaftlichen Machtverhältnisse (hegemoniale Akteur\_innen und deren Vorstellungen über die Nutzungen öffentlicher Räume und Urbanität) sowie Muster sozialer Ungleichheit wider. Öffentliche Räume sind multifunktional und multidimensional.

## Gebrauchen von öffentlichen Räumen

Die Frage nach dem „Gebrauchswert“ öffentlicher Räume erweitert unweigerlich den Blick auf die Wünsche, Interessen und Nutzungsvorstellungen der Bürger\_innen, d. h. auf die Bedeutung und den Wert öffentlicher Räume für den Gebrauch verschiedener Nutzer\_innen. Idealerweise sollte der öffentliche Raum vor allem in gemischten Wohnquartieren robust genug sein, um das Aufeinandertreffen und auch die möglichst konfliktfreie Interaktion und Kommunikation verschiedener sozialer Gruppen zu ermöglichen. In hinsichtlich soziodemografischer (etwa Alter, Geschlecht, Nationalität), sozioökonomischer (etwa Einkommen und Bildung) und soziokultureller (Lebensstile, Milieus) Merkmale (Dangschat 2011) stark gemischten Wohnquartieren besteht in heutigen städtischen Gesellschaft oft das Potenzial zu sozialen Konflikten, die dann im öffentlichen

Raum ausgetragen werden. Allerdings hängt das tatsächliche Entstehen von sozialen Konflikten nicht nur mit der politischen Inszenierung und Konstruktion von „Bildern“ über verschiedene soziale Gruppen zusammen, sondern auch mit der Intensität und dem Ausmaß des sozialen Wandels, der Ängste erzeugt, und dessen Auswirkungen – wie etwa eine zunehmende sozial-räumliche Polarisierung der städtischen Gesellschaft, die Zunahme von Armut oder Desintegrationserscheinungen – gerade auf Quartiersebene am deutlichsten zu spüren sind. Damit sind Entwicklungen angesprochen, die – räumlich betrachtet – ihren Ursprung in Veränderungen von ökonomischen und sozialen Prozessen und Strukturen auf supra-lokaler Ebene haben. Möglichkeiten der politischen Gegen-Steuerung müssen sich vor allem auf supra-lokale Ebenen (national, europäisch, global) konzentrieren. Auf der Ebene des Quartiers und damit der öffentlichen Räume können Bedingungen geschaffen werden, damit soziale Konflikte nicht entstehen, wie zum Beispiel durch die Schaffung eines sozialen Klimas, das auf gegenseitigem Respekt und Toleranz beruht. Vor allem in sozial benachteiligten Quartieren ist es allerdings oft schwer, das Ideal von öffentlichen Räumen als Orten des Austauschs zwischen verschiedenen sozialen Gruppen zu realisieren (u. a. aufgrund von Generationenkonflikten, männlicher Selbstdarstellung, ethnischen Unterschieden, Randgruppen etc.) (vgl. Madanipour 2005).

Diese „Gebrauchswertorientierung“ bedeutet für stadtplanerische Akteur\_innen einerseits, über die Bedürfnisse der Bewohner\_innen und potenziellen Nutzer\_innen öffentlicher Räume mehr zu wissen und mehr zu erfahren (z. B. durch den gezielten Einsatz von „Sozialraumanalysen“). Andererseits heißt das auch, dafür Sorge zu tragen, dass keine sozialen Gruppen (z. B. bestimmte sozial Benachteiligte) von der Nutzung öffentlicher Räume ausgeschlossen und eventuell aufkommende soziale Konflikte vor Ort professionell bearbeitet werden (z. B. durch Moderations- oder Mediationsverfahren). Gleichzeitig sollten stadtplanerische Akteur\_innen kritisch reflektieren, welche Möglichkeiten es gibt, sich gegen einen zunehmend stärker werdenden „ökonomischen Verwertungsdruck“ auf öffentliche Räume zu stemmen. Eine stärkere „Tauschwertorientierung“ ist nicht nur der von stadtpolitischen Akteur\_innen behaupteten Notwendigkeit zur Positionierung der Stadt im internationalen Städtewettbewerb geschuldet, sondern einer grundsätzlicheren und bewussten Tendenz zur Privatisierung und Ökonomisierung öffentlicher Räume. Die Tauschwertorientierung ist damit eine aktuelle Einhegung von öffentlichen Räumen. Selle (2004: 135 ff.) subsummiert

unter Privatisierung öffentlicher Räume folgende Aspekte: die steigende Inanspruchnahme durch den motorisierten Individualverkehr, Verkauf von öffentlichen Räumen an private Unternehmen, Inanspruchnahme durch Handel und Gastronomie, Verlagerung der Funktionen von öffentlichen Räumen in private, aber öffentlich nutzbare Räume (z. B. Shoppingmalls), Zunahme von als privat zu bezeichnenden Kleidungs- und Verhaltensformen in öffentlichen Räumen sowie die Zunahme von Überwachungs- und Sicherheitsstrategien in öffentlichen Räumen. Ob es damit wirklich zu einem „quantitativen“ Verlust von öffentlichen Räumen kommt, und ob alle oben beschriebenen Aspekte der „Ökonomisierung“ öffentlicher Räume tatsächlich zutreffen, kann nicht allgemein, sondern nur empirisch, d. h. an der Entwicklung konkreter Städte und deren öffentlicher Räume überprüft werden. Dass allerdings wirtschaftliche Akteur\_innen in der Stadtentwicklungspolitik vergleichsweise große Verhandlungsmacht besitzen bzw. oft stadtpolitische Akteur\_innen sehr einseitig auf deren Interessen und Wünsche achten, wenn es um die Entwicklung von Stadtteilen und öffentlichen Räumen geht, darf dabei natürlich nicht übersehen werden. Damit wirken sie an der Definition von öffentlichen Räumen und der Festlegung von Verhaltensweisen in denselben mit, was oft zum Ausschluss von nicht konsumorientierten und nicht verwertungsorientierten Verhaltensweisen in öffentlichen Räumen führt.

## Beitragen und Zusammenarbeiten in der Planung und Nutzung öffentlicher Räume

Wie oben bereits erwähnt wurde, spielen Beteiligungsprozesse im Rahmen der Gestaltung und Planung öffentlicher Räume heute eine bedeutende Rolle. Dabei geht es seitens der stadtplanerischen Akteur\_innen nicht nur darum, mehr Informationen über die Wünsche und Nutzungsvorstellungen der Bürger\_innen zu bekommen, sondern auch Akzeptanz für den gebauten öffentlichen Raum zu schaffen und die politische Legitimation des planerischen Handelns zu verbessern. Durch Mitwirkung und Mitsprache an Prozessen der Planung öffentlicher Räume sollen sich alle Bürger\_innen mit ihrem Stadtteil und den öffentlichen Räumen stärker identifizieren und diese durch ihre Nutzungen beleben (im Sinne einer klassischen Urbanitätsvorstellung).

Herausforderungen in Bezug auf das Beitragen und Zusammenarbeiten beziehen sich gleichermaßen auf Aspekte der Teilhabe und der Teilnahme verschiedener

sozialer Gruppen. Aus sozialräumlicher Sicht scheitert die oben beschriebene Hoffnung von stadtplanerischen Akteur\_innen häufig an den Verfahren der Teilhabe selbst, die aufgrund der verwendeten Sprache oder des konkreten Beteiligungsangebots hochgradig sozial selektiv sind, d. h. vielfach eine starke Mittelschichtorientierung und Konzentration auf die nicht migrantische Bevölkerung aufweisen. Zudem gehen in die Gestaltung öffentlicher Räume normative Vorstellungen der Planenden über die richtige Form des Interagierens und Zusammenlebens ein, die in Beteiligungsprozessen sehr wirkmächtig sein und andere diesbezügliche Vorstellungen marginalisieren können. Um dem zu begegnen, sollte verstärkt sozialraumanalytisch gearbeitet und aus der Sozialraumanalyse abgeleitet werden, welche Formen der Aktivierung und der Beteiligung für welche sozialen Gruppen angewandt werden sollen.

Gleichzeitig sind die Teilnahmemöglichkeiten an Beteiligungsprozessen aufgrund von sozialen Ex- und Inklusionsmustern, die städtische Gesellschaften kennzeichnen, für verschiedene soziale Gruppen sehr unterschiedlich strukturiert. Die gesamtgesellschaftlich auffindbaren Ex- und Inklusionsmuster besitzen immer auch eine räumliche Dimension und spiegeln sich in Vorstellungen darüber, wie die Nutzung öffentlicher Räume auszusehen hat und wer daran beteiligt sein sollte. Öffentliche Räume können in allen ihren Dimensionen (Verhalten und Nutzungsregeln, bauliche Strukturen, Symbolik, Diskurse und Konzepte) Ex- und Inklusionsmuster unterstützen. So werden sie im Kontext der schon öfters angesprochenen zunehmenden Wettbewerbsorientierung von Städten zu „Bühnen der Selbstdarstellung“ instrumentalisiert, auf welchen sich allerdings bestimmte soziale Gruppen mit ihren spezifischen Lebensstilen (z. B. „neue Urbaniten“) im sozialen Positionierungskampf zumeist durchsetzen (vgl. Stadt Wien, MA 18 2006: 24). Auf den Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Positionierung sozialer Gruppen über den Besitz verschiedener Kapitalsorten und den Möglichkeiten zur Raumeignung hat der Soziologe Pierre Bourdieu bereits hingewiesen (vgl. Bourdieu 1991).

Der öffentliche Raum wird zu einem umkämpften Raum, wobei staatliche Akteur\_innen in vielen Fällen die Partei der besitzenden Klassen ergreifen und sich unter dem Deckmantel einer allgemeinen Standortsicherungsrhetorik für eine stärkere soziale Kontrolle öffentlicher Räume (Hamedinger 2005) engagieren. „Übersehen wird dabei, dass der öffentliche Raum nur vordergründig klar definiert ist. [...] Es handelt sich zumeist um umstrittene urbane Zonen, die vielen

verschiedenen Zielen und Klassen gedient haben. Er ist somit umkämpft, zumal sich in ihm ständig Arm und Reich in ihren verschiedenen Ausdrucksformen begegnen. Gerade diese Konflikte sind es, die Bedürfnisse nach ‚neuen Ordnungen‘ und ordnungspolitischen Interventions- und Gestaltungsformen hervorbringen“ (Simon 2001: 41). Die Stadtpolitik versucht vor allem bei zentralen Plätzen und Parks, welche von Tourist\_innen aufgesucht werden, eine „Homogenisierung“ der sozialen Strukturen voranzutreiben. Dies kann etwa durch eine entsprechende „Möblierung“ – Dangschat (2011: 5) spricht von einem „designing out“ sozialer Problematik – oder durch das Herstellen von Sichtachsen bewerkstelligt werden.

Die Möglichkeiten, zur Planung beizutragen und sich öffentliche Räume anzueignen, sind somit sozial selektiv. Soziale Gruppen sind zudem auf die Nutzung öffentlicher Räume in unterschiedlicher Art und Weise angewiesen. So „brauchen“ etwa einkommensschwächere, ältere Menschen, Jugendliche und Kinder auch aufgrund geringerer Mobilität öffentliche Räume für ihre unterschiedlichen Aktivitäten vergleichsweise stärker. Dies hängt auch mit dem eingangs zitierten, derzeit intensiv stattfindenden sozialen Wandel zusammen. Der gegenwärtige soziale Wandel umfasst eine zunehmende sozioökonomische Polarisierung, die einerseits auf Entwicklungen am Arbeitsmarkt zurückgeht (Stichwort „Prekarisierung“) und andererseits auf Veränderungen des Wohlfahrtsstaates, der nicht mehr in der Lage ist, die Kollektivierung sozialer Risiken vollständig zu sichern. Die sozioökonomische Polarisierung spiegelt sich in Städten in Segregationsmustern u. a. zwischen Arm und Reich wider. Die soziokulturelle Ausdifferenzierung meint dagegen vor allem eine Pluralisierung von Lebensstilen und damit von Interessen. Zum sozialen Wandel gehören schließlich noch Veränderungen in den soziodemografischen Strukturen, die sich vor allem in der Überalterung und der Zuwanderung zeigen. Insgesamt betrachtet wird deutlich, dass die Interessensunterschiede in der städtischen Bevölkerung zunehmen und diese Interessen im Raum ungleich verteilt sind (vgl. Dangschat 2011: 3).

## Teilen von öffentlichen Räumen – das „Recht auf Stadt“

Öffentliche Räume sind das „Rückgrat“ und das „Gesicht“ einer Stadt. Die Definition von öffentlichen Räumen, ihre physisch-materielle Gestalt, ihre Nutzungs- und Verhaltensregelungen sowie ihre Symboliken sind Produkt der jeweils



vorfindbaren städtischen Gesellschaft, deren inhärenter Machtverhältnisse und Strukturen sozialer Ungleichheit. Aus stadtsoziologischer und aus stadtplanerischer Sicht ist vor allem deren Funktion als Orte der Kommunikation, des Austauschs und grundsätzlich der Interaktion zwischen vielfältigen sozialen Gruppen bedeutsam. Öffentliche Räume sind Lernräume, in denen das gegenseitige Kennenlernen, das Lernen des Umgangs mit Konflikten und das Lernen von gegenseitigem Respekt und Toleranz möglich sein sollen. Als politische Lernräume sollen öffentliche Räume Meinungsvielfalt ermöglichen.

Allerdings betreffen diese Anforderungen nicht alle Typen von öffentlichen Räumen gleichermaßen. Es sind vor allem die öffentlichen Räume in verschiedenen, sowohl homogen also auch heterogen sozial strukturierten Wohnquartieren, welche von einem zunehmenden „Integrations- und Konfliktaushandlungsdruck“ betroffen sind. Je nachdem, ob es sich dabei um ein innerstädtisches oder um ein peripherer gelegenes sozial benachteiligtes Quartier (z. B. Großwohnsiedlungen der 1970er-Jahre) handelt, ergeben sich unter Umständen unterschiedliche Konflikte um die Aneignung von öffentlichen Räumen und eine unterschiedliche Bereitschaft, „die anderen“ zu respektieren bzw. die Vielfalt sozialer Gruppen als Mehrwert zu betrachten (Stadt Wien, MA 18 2006).

Aufgabe der Stadtplanung müsste es demnach sein, mehr über die vielfältigen Interessen der Bürger\_innen zu erfahren und aktiv die Mitbestimmung bei der Planung und Nutzung öffentlicher Räume über verschiedene, d. h. gruppenspezifisch differenzierte, Beteiligungsverfahren zu fördern (dies geschieht bereits in einigen österreichischen Städten, z. B. in Wien im Rahmen der Neugestaltung des Schwedenplatzes). Damit kann ein Beitrag zum gegenseitigen Lernen und zum gegenseitigen Respekt geleistet werden. Gleichzeitig besteht dadurch die Möglichkeit, dass sich möglichst viele Menschen mit den öffentlichen Räumen identifizieren und dort ihren „Platz“ finden, was wiederum eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung von Solidarität, sozialer Kohäsion und sozialer Integration ist (vgl. Stadt Wien, MA 18 2006). Dies bedeutet, dass nicht so sehr die bauliche, physisch-materielle Gestaltung für die Entwicklung einer solidarischen Gesellschaft bedeutsam ist, obgleich hier auf die sozial aus- oder einschließende Formensprache und Raumstruktur zu achten ist, sondern vielmehr die Initiierung und Aufrechterhaltung von sozialen Prozessen, in welchen die vielfältigen sozialen Gruppen zusammengeführt und Arenen der Aushandlung von Interessen angeboten werden (vgl. Dangschat 2011).

Damit beginnt ein Prozess des „Teilens“ der öffentlichen Räume, welche als Ressource allen für ihre jeweiligen Nutzungen zu Verfügung stehen sollten. Die Regeln der Nutzung der öffentlichen Räume können in solchen partizipativen, sozial weniger selektiven Verfahren fair ausgehandelt werden. Gleichzeitig entsteht aufgrund des sozialen und ökonomischen Wandels von Stadtteilen die Notwendigkeit permanent darüber zu reflektieren, wie sich die soziale Zusammensetzung der Stadtteile und damit die Interessenskonstellationen aufgrund von sozialen Wanderungsprozessen verändert haben und welche Auswirkungen dies wiederum auf die Gestaltung der sozialen Prozesse und auf die Aushandlung von Regeln der Nutzung hat.

Das „Teilen“ öffentlicher Räume erfordert allerdings auch zu erkennen, dass Mitbestimmung nicht bei der Planung von öffentlichen Räumen endet, sondern ebenso bei der Umsetzung und Instandhaltung eine wesentliche Rolle spielen muss. Erst wenn Bürger\_innen selbst aktiv an die (Um-)Gestaltung öffentlicher Räume Hand anlegen können (Dangschat 2011) bzw. eigenständig darüber entscheiden können, was mit diesen passieren soll, identifizieren sie sich mit ihnen. Dann übernehmen Bürger\_innen Verantwortung für deren Nutzung, Pflege und Gestaltung und verhalten sich nicht wie die oft genannten „Trittbrettfahrer\_innen“ (dies war eine der Kernfragen von Elinor Ostrom in ihrem Buch „die Verfassung der Allmende“ (1999: 37): „Wie kann sich eine Gruppe voneinander abhängiger Akteure zur Erzielung langfristiger, gemeinsamer Vorteile selbst organisieren und verwalten, wenn alle versucht sind, Trittbrett zu fahren, sich zu drücken oder sonst wie opportunistisch zu handeln?“).

Letztendlich ist diese Anforderung an eine sozial kohäsive und Solidarität fördernde Planung und Nutzung öffentlicher Räume als Recht zu formulieren, das allen Bürger\_innen zusteht. In Anlehnung an die Idee des „Rechts auf die Stadt“ von Henri Lefebvre (1996) werden öffentliche Räume erst dann zu Commons, wenn dies auch in ein „Recht auf die gemeinsame Planung und Nutzung öffentlicher Räume“ mündet. Lefebvre meinte mit dem „Recht auf die Stadt“ nicht nur das Recht auf die Straße (im Sinne eines „Reclaiming the Streets“ durch die Bürger\_innen), sondern auch das Recht auf das urbane Leben, auf Orte des Zusammentreffens und des Austauschs (vgl. Schmid 2005). Genau diesen Anspruch verkörpern öffentliche Räume. Öffentliche Räume verlieren aber ihren „öffentlichen“ Charakter, wenn Angehörigen bestimmter sozialer Gruppen ihr Recht als Bürger\_innen auf den Zugang zu diesen Räumen verweigert wird: „Citizenship

und representation are directly related to visibility and to making physical appearances in publicly accessible space, so space cannot be truly called public if its ‚maintenance requires the marginalization or exclusion‘ of a particular constituency“ (Nemeth 2009 zitiert nach Klamt 2012: 799).

In Bezug auf die Armutsbekämpfung ist abschließend festzuhalten, dass die Gestaltung und Planung öffentlicher Räume (in materieller und in prozessualer Hinsicht) nicht die materiellen Ursachen des Entstehens und der räumlichen Konzentration von Armut in bestimmten städtischen Quartieren beseitigen kann (vgl. Dangschat 2011). Wie bereits eingangs erläutert liegen die Ursachen der Armutsentwicklung primär in ökonomischen Umstrukturierungsprozessen und in Veränderungen des Wohlfahrtsstaates. Auf städtischer und Bundesland-Ebene gibt es Möglichkeiten der Gegen-Steuerung im Bereich des Arbeitsmarktes, aber auch im Bereich des Wohnungsmarktes (Stichwort „leistbarer Wohnraum“). Die partizipative Gestaltung und Planung öffentlicher Räume kann einen Beitrag zur Herstellung sozialer Kohäsion auf Stadtteilebene leisten, indem eben gegenseitiges Lernen ermöglicht und ein respektvoller Umgang miteinander entwickelt wird. Damit können jedoch lediglich die polarisierenden Wirkungen des gegenwärtigen sozialen und ökonomischen Wandels abgeschwächt, aber natürlich nur teilweise bekämpft werden.

## LITERATUR

- ARENDDT, HANNAH (1997): *Vita Activa oder Vom tätigen Leben*. München und Zürich.
- ARMUTSKONFERENZ (2012): *Reader zur 9. Armutskonferenz zum Thema „Was allen gehört. Armut bekämpfen durch Gemeingüter und Kooperation“*. Wien.
- ASADI, SHAMS ET AL.(1998): *Migration und öffentlicher Raum. Strategien und Beispiele aus Rotterdam, Berlin, Zürich, Basel, Ankara und Wien* (im Auftrag der Stadt Wien, MA 18). Wien.
- BOURDIEU, PIERRE (1991): *Physischer, sozialer und angeeigneter physischer Raum*. In: Wentz, Martin (Hg.): *Stadt-Räume*. Frankfurt am Main, New York.
- DANGSCHAT, JENS S. (2011): *Partizipation, Integration und öffentlicher Raum*. In: eNewsletter Bürgerbeteiligung 01/2011.

- FELDTKELLER, ANDREAS (1995): Die zweckentfremdete Stadt. Wider die Zerstörung des öffentlichen Raums. Frankfurt am Main, New York.
- FRANCK, GEORG (1998): Ökonomie der Aufmerksamkeit. Wien.
- HAMEDINGER, ALEXANDER (2005): Privatisierung und soziale Kontrolle öffentlicher Räume in „sicheren Städten“. CORP 2005. Wien.
- HAMEDINGER, ALEXANDER/FREY, OLIVER/DANGSCHAT, JENS S./BREITFUSS, ANDREA (HG., 2008): Strategieorientierte Planung im kooperativen Staat. Wiesbaden.
- HAMEDINGER, ALEXANDER/WOLFFHARDT, ALEXANDER (HG., 2010): The Europeanization of Cities. Amsterdam.
- KLAMT, MARTIN (2012): Öffentliche Räume. In: Eckardt, Frank (Hg.): Handbuch Stadtsoziologie. Wiesbaden, 775–802.
- LÄPPLÉ, DIETER (1991): Essay über den Raum. Für ein gesellschaftswissenschaftliches Raumkonzept. In: Häußermann, Hartmut/Ipsen, Detlev/Krämer-Badoni, Thomas/Läpplé, Dieter/Rodenstein, Marianne/Siebel, Walter (Hg.): Stadt und Raum. Soziologische Analysen. Pfaffenweiler, 157–207.
- LEFEBVRE, HENRI (1991): The Production of Space. Oxford, Cambridge.
- LEFEBVRE, HENRI (1996): Right to the City. In: Kofman, Eleonora/Lebas, Elizabeth (Hg.): Writings on Cities. Oxford, Cambridge, 147–159.
- MADANIPOUR, ALI (2005): Public Space and Social Integration. In: Schader-Stiftung et al.(Hg.): Zuwanderer in der Stadt – Expertisen zum Projekt. Darmstadt.
- MADANIPOUR, ALI (HG., 2010): Whose public space? London, New York.
- OSTROM, ELINOR (1999): Die Verfassung der Allmende. Tübingen.
- SASSEN, SASKIA (1991): The Global City: New York, London and Tokyo. Princeton.
- SCHMID, CHRISTIAN (2005): Stadt, Raum, Gesellschaft. Stuttgart.
- SELLE, KLAUS (HG., 2002): Was ist los mit den öffentlichen Räumen? Analysen, Positionen, Konzepte. Dortmund.
- SELLE, KLAUS (2004): Öffentliche Räume in der europäischen Stadt – Verfall und Ende oder Wandel und Belebung? – Reden und Gegenreden. In: Siebel, Walter (Hg.): Die Krise der Europäischen Stadt. Frankfurt am Main, 131–145.
- STADT WIEN, MA 18 (HG., 2006): Integration im öffentlichen Raum. Werkstattbericht Nr. 82. Wien.
- TITUS, SIMON (2001): Wem gehört der öffentliche Raum? Opladen.